

„Das Kooperationsnetzwerk – Sicher Zusammenleben“

Die Ansprechstelle für den bundesweiten Dialog zwischen Polizei und muslimischen Organisationen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Lydia Boer

Voraussetzung jeglicher Zusammenarbeit, so auch von muslimischen Akteuren und der Polizei, sind Respekt, Wertschätzung und die Bereitschaft, sich in die Rolle des Gegenübers hineinzusetzen. Hier setzt die Arbeit des „Kooperationsnetzwerkes – Sicher Zusammenleben“ (KoSiZu) an, das im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verortet ist. Im Folgenden werden die Entwicklung, die Ziele und die Zuständigkeitsbereiche des KoSiZu skizziert. Der Beitrag soll zudem über Handlungsoptionen informieren, welche die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen den muslimischen Communities und Polizeibehörden weiter stärken können. So greift das KoSiZu bei seiner Arbeit unter anderem auf regionale bis bundesweite Veranstaltungen, Begegnungsdialoge und die Förderung von Projektvorhaben zurück. Sollten auch Sie Bezüge zu Ihren Interessens- oder Arbeitsbereichen erkennen, würden wir uns über einen weitergehenden Austausch freuen – unsere Kontaktdaten können Sie am Ende des Beitrags finden.

Von der „Clearingstelle Präventionskooperation“ zum KoSiZu

Bereits im Jahr 2008 beschloss die „Deutsche Islam Konferenz“ die Einrichtung der „Clearingstelle Präventionskooperation“ im BAMF, die seit ihrer Neuausrichtung 2020 als „Kooperationsnetzwerk – Sicher Zusammenleben“ bezeichnet wird. Die Stelle hat die Aufgabe, ein bundesweites Netzwerk von Ansprechpersonen bei der Polizei und in muslimischen Gemeinschaften aufzubauen. Ziel ist es, den bundesweiten Dialog von muslimischen Akteuren und Polizeibehörden zu fördern, indem beidseitig sensibilisiert wird und gegenseitiges Verständnis und Vertrauen gestärkt werden. Dazu werden Expert*innen für Dialogveranstaltungen vermittelt, Fortbildungsprojekte für Polizeibeamt*innen ausgearbeitet sowie Informationsmaterialien erstellt.

Das Netzwerk und die von ihm bearbeiteten inhaltlichen Schwerpunkte orientieren sich stets an praktischen und tatsächlichen Bedarfen und be-

finden sich daher in einem fortwährenden Wandel. Analog zu den gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Diskursen sind neben der Prävention von Islamismus verstärkt Themen wie antimuslimischer Rassismus, Islamfeindlichkeit, Sicherheit von Glaubensgemeinschaften und -häusern sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in das Zentrum des gemeinsamen Diskurses gerückt. Um dieser Themenvielfalt hinreichend gerecht zu werden, erfolgte eine Neuausrichtung und die bereits erwähnte Umbenennung der ehemaligen „Clearingstelle Präventionskooperation“. Das KoSiZu ermöglicht nunmehr eine breitere inhaltliche Öffnung des Netzwerks und eine noch engere Orientierung an den Anliegen und Bedürfnissen regionaler Vertreter*innen von muslimischen Organisationen und der Polizei.

Ein Einblick in die Tätigkeiten des Kooperationsnetzwerkes

Das KoSiZu unterstützt behördliche oder zivilgesellschaftliche Kooperationspartner in dialogstärken-



den Projektansätzen und führt selbst Fachtagungen zur bundesweiten Vernetzung durch. Beide Verantwortungsbereiche werden im Folgenden dargestellt.

Durchführung bundesweiter und regionaler Fachtagungen

Die vormals im Namen der Clearingstelle durchgeführten Veranstaltungen führt das KoSiZu in Formaten wie bundesweiten Fachtagungen und regionalen Dialogplattformen fort.

Zu den wichtigsten Großveranstaltungen der Clearingstelle zählten die bundesweiten Fachtagungen „Islamisten und Rechtsextremisten: Wie mit den Feinden der freien Gesellschaft umgehen?“, Mainz 2018, „Vorteile, Stereotype und Konflikte in einer vielfältigen Gesellschaft – Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit muslimischen Kooperationspartnern“, München 2016, sowie „Vertrauen schafft Zusammenarbeit“, Nürnberg 2013. Die pandemiebedingt auf den Sommer 2022 verschobene Veranstaltung des KoSiZu, „Netzwerke im Wandel: Bundesweite Fachtagung des Kooperationsnetzwerkes – Sicher Zusammenleben“, in Nürnberg und Fürth greift die Tagungstradition der Clearingstelle erneut auf. Inhaltlich wird sich die Veranstaltung der Neuausrichtung des KoSiZu und den Veränderungen in den Strukturen der Länder in Zusammenarbeit von muslimischen Organisationen und Polizeibehörden widmen. Den Bundesländern soll dabei die Gelegenheit gegeben werden, die landesei-

genen Kooperationen und Strukturen interaktiv vorzustellen. Dabei stehen Eindrücke von aktuellen Forschungsarbeiten und Praxiserfahrungen aus der Präventions- und Integrationsarbeit aus zivilgesellschaftlicher und polizeilicher Sicht im Fokus. Die im Rahmen der Fachtagungen erzielten Ergebnisse werden auch künftig weiterhin in Tagungsbänden veröffentlicht.

Zudem dient die Umsetzung bedarfsgerechter Dialogplattformen auf regionaler Ebene der Stärkung der Zusammenarbeit von muslimischer Zivilgesellschaft und Polizeibehörden. Ein zentrales Angebot des KoSiZu besteht darin, bei der Umsetzung solcher Formate gleichermaßen umfassend wie niedrigschwellig zu unterstützen – von der Organisation über die Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Finanzierung der Veranstaltungen. Solche Dialogplattformen bieten geschützte Räume für einen vertrauensvollen Austausch auf Augenhöhe, der dazu genutzt werden kann, regional- und akteurspezifische Anliegen zu thematisieren. Die Wahl des konkreten Formates ist dabei den Bedarfsträgern überlassen. So können beispielsweise sog. runde Tische oder Tagesseminare, gegebenenfalls auch unter Beteiligung externer Einrichtungen und Experten, ausgerichtet werden, um bestimmte regionale oder lokale Herausforderungen zu diskutieren und hierfür gemeinsame, multiperspektivische Lösungsansätze zu entwickeln. Ziel kann dabei auch die Entwicklung neuer Konzepte zur gesellschaftlichen Teilhabe oder zur Diskriminierungs- und Konfliktprävention sein.

Förderung von Projektvorhaben

Zudem verfügt das KoSiZu über die Möglichkeit der zuwendungsrechtlichen Förderung ziviler und öffentlicher Stellen. Anträge für die Gewährung von Zuwendungen können so beispielsweise Vereine, Verbände und Organisationen, aber auch die Polizei, Hochschulen und kommunale Träger stellen. Nach einer sorgfältigen Prüfung der Anträge durch das BAMF ergeht sodann ein entsprechender Bescheid.

Aktuell fördert das KoSiZu Projekte der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (BAGIV), der Freien Hansestadt Bremen sowie der Kurdischen Gemeinde Deutschland e. V. (KGD). Um die Gestaltungsspielräume bei der Konzeptionierung

derartiger Projekte zu illustrieren, stellen die jeweiligen Projektverantwortlichen ihre Arbeit im Folgenden selbst vor:

1. Freie Hansestadt Bremen:



„Aktives Begegnen – Präventionskonzept zur Stärkung der Resilienz gegen extremistisches Denken und gruppenbezogene Vorurteile im gegenseitigen Umgang zwischen angehenden Polizist*innen und jungen Muslim*innen: Ein Pilotprojekt auf Basis der Kontakthypothese“.

Im Projekt sollten im Rahmen von Freizeitaktivitäten niedrigschwellige Begegnungen zwischen Geflüchteten und Zugewanderten aus muslimisch geprägten Ländern und Studierenden im Studiengang Polizeivollzugsdienst initiiert werden. Das Projekt „Aktives Begegnen“ ist beim Senator für Inneres in Bremen angesiedelt. Die Laufzeit ist von April 2020 bis Ende März 2022 vorgesehen. Ursprünglich wurden Projekte mit 15 Wochen Laufzeit geplant, in denen die Teilnehmenden beider Zielgruppen auf gemeinsam gesetzte Ziele hinarbeiten wollten. Im Sinne der Kontakthypothese sollten dadurch Verständnis, Toleranz und Vertrauen gestärkt und die Resilienz gegen gruppenbezogene Vorurteile erhöht werden. Die Modalitäten der Umsetzung der Projekte mussten pandemiebedingt angepasst werden.

Da die Polizei im Dienst vermehrt mit Menschen in schwierigen Situationen zu tun hat, besteht die Gefahr, dass sich negative Erfahrungen in Vorurteilen gegenüber bestimmten Gruppen manifestieren. Ziel des Projektes ist, dem durch persönliche, positive Erfahrungen in den Begegnungsprojekten präventiv entgegenzuwirken. Unter Geflüchteten und in migrantisch geprägten Communitys bestehen teils starke, tradierte Ängste und Vorurteile gegenüber der Polizei, welche im Projekt gleichermaßen hinterfragt und überwunden werden könnten. Teilnehmende könnten zu Multiplikatoren werden, die das Vertrauen in die Polizei als Institution eines demokratischen Staates stärken. Projektteilnehmende sollen auch motiviert werden, sich proaktiv in Diskussionen einzumischen, um vorurteilsbelasteten Aussagen mit differenzierten Argumenten entgegenzutreten. Die persönlichen Er-

fahrungswerte und der Austausch auf Augenhöhe sind maßgebliche Faktoren für die Einbindung migrantischer Communitys in die polizeiliche Präventionsarbeit.

Das Projekt ist in vier Phasen gegliedert und beinhaltet zwei Wahlpflichtmodule, über die Studierende des Studiengangs Polizeivollzugsdienstes teilnehmen konnten. Es soll zum Erkenntnisgewinn dokumentiert und wissenschaftlich ausgewertet sowie videografisch begleitet werden:

Phase 1: Allgemeine Vorbereitung, Start des Netzwerkaufbaus zu regionalen zivilgesellschaftlichen Akteuren der Integrations- und Präventionsarbeit und Planung des ersten Wahlpflichtmoduls, so wie der wissenschaftlichen Begleitung.

Phase 2: Durchführung des ersten Wahlpflichtmoduls zur Einführung der Studierenden ins Themenfeld sowie parallele Planung der Begegnungsprojekte unter Einbindung der Studierenden und potenziellen Partner*innen.

Phase 3: Vorgesehen war die Umsetzung der entwickelten Begegnungsprojekte im Rahmen des zweiten Wahlpflichtmoduls. Pandemiebedingt war dies nicht möglich, sodass ein alternatives Begegnungsformat, reduziert auf zwei Begegnungen im digitalen Raum zwischen den Zielgruppen, entwickelt und umgesetzt wurde. Zusätzlich wurden im Wahlpflichtmodul Inhalte aus dem vorherigen Semester weitergeführt und vertieft. Da eine videografische Begleitung durch den Ausfall der Begegnungsprojekte nicht möglich war, wurde ein alternatives Videoprojekt entwickelt. Hierbei gehen Personen der Zielgruppen auf häufig aufgekommene Fragen in Bezug auf Vielfalt und Vorurteile ein und stellen ihre persönlichen Perspektiven dar.

Phase 4: Vorgesehen war die Nachbereitung des Projektes, die Auswertung der Daten sowie Ergebnispräsentationen. Aufgrund der positiven Erfahrung und Rückmeldungen der Teilnehmer*innen insbesondere zum alternativen Begegnungskonzept wird in der vierten Projektphase ein weiteres Wahlpflichtmodul mit neuen Teilnehmenden geplant, in welchem die Inhalte aus Phase 2 und 3 kombiniert zum Einsatz kommen.

Interessierten steht das Projektteam gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung!

Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Inneres, September 2021

2. Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (BAGIV):



Bundesarbeitsgemeinschaft
der Immigrantenverbände
in Deutschland e.V.

„Verständnis schaffen – Konflikte abbauen. Muslimische Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Gespräch mit Polizeibeamt*innen“

Dieses bundesweite Projekt schafft einen Raum zur Begegnung zwischen Gruppen, die immer wieder in Konflikten aufeinandertreffen. Das Projekt wird vom BAMF gefördert und hat voraussichtlich eine dreijährige Laufzeit bis Ende 2023.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e. V. (BAGIV) ist ein Dachverband von Migrant*innenselbstorganisationen mit derzeit 13 Verbänden aus elf Nationen. Die freiheitlich demokratischen Grundwerte und das Verständnis von Vielfalt, Toleranz und gleichberechtigter Teilhabe aller in der Gesellschaft liegen der BAGIV am Herzen. Um die gegenseitige Akzeptanz unterschiedlicher Gruppen in einer pluralistischen Gesellschaft zu fördern, das interkulturelle Miteinander und das Verständnis füreinander zu stärken und dadurch bestehende Vorurteile und Berührungängste auf beiden Seiten abzubauen, braucht es persönliche Begegnungen. Immer wieder kommt es zu konfliktreichen Situationen zwischen jungen Menschen mit Migrationsgeschichte und der Polizei. Unter anderem die Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und der Polizei am 20.6.2020 in Stuttgart verdeutlichen, dass zwischen diesen beiden Gruppen eine Annäherung notwendig ist. In der sogenannten bundesweit bekannten „Krawallnacht“ hatten Dutzende Jugendliche nach einer Drogenkontrolle in der Stuttgarter Innenstadt randaliert. Dabei sind auch Polizeibeamt*innen bedroht und verletzt worden. Um zukünftige Konflikte zu vermeiden, werden partizipative Formate benötigt, in denen die Zielgruppen Einblicke in die Sichtweise der anderen erhalten und so gegenseitiges Verständnis füreinander aufbauen können.

Im Rahmen des Projekts treffen sich jeweils bis zu zehn Polizeibeamt*innen und zehn junge Menschen mit Migrationsgeschichte an drei gemeinsamen Tagen. Die Maßnahmen orientieren sich am Kennenlernen der beiden Zielgruppen. Dabei steht nicht die Wissensvermittlung, sondern ein Austausch auf persönlicher Ebene im Vordergrund: Konflikte abbauen und Verständnis schaffen durch einen Perspektivwechsel. Langfristig zielt die Initiative darauf ab, ein Netzwerk aus lokalen Akteuren aufzubauen.

Die bisherige Resonanz auf das Projektkonzept fällt positiv aus. So konnte etwa in Berlin und Hamburg die Polizei als Partnerin gewonnen werden. Unter den Pandemiebedingungen muss der als persönliche Begegnung konzipierte Austausch mitunter ins Digitale verlegt werden. Die Umsetzung der Formate erfolgt daher aktuell flexibel und in Absprache aller Beteiligten.

Wenn Sie Fragen haben, weitere Informationen benötigen oder Teil des Projekts werden wollen, dann schreiben Sie eine E-Mail an: Katharina.Trappen@bagiv-berlin.de“.

BAGIV e. V., September 2021

3. Kurdische Gemeinde Deutschland e. V.:



KURDISCHE GEMEINDE DEUTSCHLAND
CIVAKA KURD LI ALMANYA

„Begegnung schafft Akzeptanz“: Jugendpräventionsprojekt der Kurdischen Gemeinde Deutschland e. V.

Seit Anfang 2021 setzt die Kurdische Gemeinde Deutschland (KGD) e. V. ihr vom BAMF gefördertes dreijähriges Jugendpräventionsprojekt „Begegnung schafft Akzeptanz“ um. Das Austauschprojekt zwischen Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und der Polizei verfolgt das Ziel, gemeinsam Vorurteile abzubauen, die gegenseitige Akzeptanz zu stärken und zukunftsorientierte Maßnahmen zur Extremismusprävention zu entwickeln. Eine bundesweit umgesetzte Aufklärungskampagne und eine intensive Kooperation zwischen den Polizeibehörden, der KGD und lokalen Vereinen soll dazu dienen, die bereits bestehenden Präventionsprogramme der Behörden vorzustellen, sie zu diskutieren sowie gegebenenfalls anzupassen und zu ergänzen.

Das Projekt setzt auf niederschwellige Begegnungen zwischen Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und

Polizeibeamt*innen, beispielsweise durch Sportveranstaltungen mit gemischten Teams, den Besuch diverser Kulturevents oder Einladungen zu relevanten Begegnungsformaten. Die Teilnehmenden ersetzen in der unmittelbaren Begegnung die aus Erzählungen oder Medien bekannten Stereotype durch einen realen Menschen mit seinem Anspruch auf Menschenwürde, körperliche Unversehrtheit und respektvolle Behandlung. Die Veranstaltungen, die in den Städten Berlin, Hamburg, Stuttgart und Frankfurt durchgeführt werden, bieten Möglichkeiten, erste Kontakte zu knüpfen, um den Menschen hinter den „Stereotypen“ kennenzulernen. Nach dieser Kennenlernphase finden eine Reihe von thematischen Wochenend-Gesprächsformaten (Workshops) statt, bei denen es gezielt darum geht, Vorurteile und diskriminierende Einstellungen durch Dialogformate nachhaltig abzubauen. Moderiert von erfahrenen Fachkräften aus der Sozial- und Antidiskriminierungsarbeit sollen offen Kritikpunkte angesprochen und die eigene Urteilsbildung in Bezug auf die andere Gruppe hinterfragt werden. Dem Entstehungsprozess und Wahrheitsgehalt bestehender (Vor-)Urteile wird in gemischter Gruppenarbeit auf den Grund gegangen. In anschließenden Diskussionen können Teilnehmende ihre eigene Positionierung reflektieren und Konzepte entwickeln, die zur Prävention und Bearbeitung von (antizipierten) Konflikten beitragen.

Entscheidend für eine nachhaltige, positive Veränderung ist die Schaffung von gegenseitiger Akzeptanz und Respekt. Die Ansätze, die die Teilnehmenden der Wochenendveranstaltungen entwickelt haben, werden in Form von aufbauenden kulturellen Bildungsveranstaltungen aufgegriffen und weitergeführt. Es werden besonders Vorurteile, die in den Wochenendveranstaltungen identifiziert und reflektiert wurden, angegangen.

Bei der anschließenden Umsetzung der Ansätze zur Prävention und Bearbeitung von Konflikten werden die Teilnehmenden vom Projektteam unterstützt. Zentral ist die Schaffung von Kommunikationskanälen und Diskussionen, die einer Eskalation von Konflikten vorbeugen sollen. Der Fokus liegt hier auf dem Schwerpunkt Extremismusprävention. Besonders Jugendliche fühlen sich durch extremistische Propaganda unterschiedlicher Couleur – von islamistischem bis

hin zu rechtsnationalem Extremismus – in sozialen Medien durch Musik und Videos angesprochen und lassen sich für extremistische Ideen gewinnen.

Im Anschluss geht es um eine praktische Anwendung der Erfahrungen für die Konfliktprävention. Idealerweise beteiligen sich die Teilnehmenden dabei aktiv an der Entwicklung nachhaltiger Konzepte zur Gewaltprävention.

KGD, September 2021

Fazit

Sollten auch Sie sich als zivilgesellschaftliche Organisation oder Fachbereichsvertretung einer Kommune oder Behörde angesprochen fühlen, steht Ihnen das KoSiZu jederzeit unter Sicher.Zusammenleben@bamf.bund.de zur Verfügung und freut sich über die gemeinsame Ausarbeitung Ihrer Projektidee.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



KoSiZu
Kooperationsnetzwerk
Sicher Zusammenleben

Kontakt

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

„Kooperationsnetzwerk – Sicher Zusammenleben“
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg
Frau Lydia Boer, Frau Sonja Bartsch
Sicher.Zusammenleben@bamf.bund.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e. V.

Trierer Straße 70–72, 53115 Bonn
Frau Katharina Trappen
Katharina.Trappen@bagiv-berlin.de

Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Inneres
Referat 31, Projekt – Aktives Begegnen
Contrescarpe 22/24, 28203 Bremen
Frau Mathilda Kreitsmann
aktivesbegegnen@inneres.bremen.de

Kurdische Gemeinde Deutschland e. V.

Max-Eyth-Straße 8, 35394 Gießen
Herr Fidel Aksoy
F.Aksoy@kurdische-gemeinde.de